ÖSTERREICH 1918 plus

DIE 8er-JAHRE UND DIE POLITISCHE BILDUNG

1918 | 1928 | 1938 | 1948 | 1958 | 1968 | 1978 | 1988 | 1998 | 2008 | 2018

1918 | 1928 | 1

10

1918 | 1928 | 1938

1918 | 1928 | 19

1918 | 1928 | 19

1918 | 1928 |

1918 | 1928 |

1918 | 1928 |

1918 | 1918 |

1918 | 1928 |

1918 | 1928 |

1918 | 1928 |

1918 | 1928 |

1928 BIS 1938

THEMENSCHWERPUNKT ARBEIT

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte die neu ausgerufene Republik einen schwierigen Start: Wirtschaftliche und soziale Probleme ließen an der Lebensfähigkeit des Kleinstaats zweifeln und führten letztlich zur politischen Radikalisierung, die im Bürgerkrieg und im "Anschluss" gipfelten.

Das Ende des Ersten Weltkriegs bedeutete für Österreich eine große Zäsur – die Habsburgermonarchie zerfiel, übrig blieb ein Kleinstaat, den viele nicht für lebensfähig hielten. Auch der wirtschaftliche, auf Autarkie ausgerichtete Großraum zerfiel; es folgte für die junge Republik ein schmerzvoller Prozess der politischen wie wirtschaftlichen Neustrukturierung.

Hungerkrise, Massenarbeitslosigkeit, Schilling-Einführung, eine harte Sanierung des Staatshaushaltes und schließlich eine vorsichtige Belebung der Konjunktur, die durch die Weltwirtschaftskrise ab 1929 beendet wurde – dies sind Eckpunkte der Wirtschaftsgeschichte der Ersten Republik. Gleichzeitig setzte die für moderne Industriegesellschaften so typische Strukturierung der Wirtschaft ein: der Rückgang von Land- und Forstwirtschaft und Industrie zugunsten des Dienstleistungsbereichs. Arbeitslosigkeit und die damit einhergehende Erfahrung von persönlichem Bedeutungsverlust und Identitätskrise wurden in der Zwischenkriegszeit zum Massenphänomen. Die Studie "Die Arbeitslosen von Marienthal" von Marie Jahoda, Paul Felix Lazarsfeld und Hans Zeisel ist nicht nur ein Meilenstein der empirischen Soziologie, sondern auch ein berührendes Dokument sozialer Notlage. Vor diesem Hintergrund bietet das Heft polis aktuell 1/2018 eine Fortsetzung der Geschichte der Arbeit bis in die Gegenwart. Während sich an den negativen Erfahrungen durch Arbeitslosigkeit wenig geändert hat und nach wie vor das Geschlecht für Aufstiegs- und Jobchancen eine Rolle spielt, ist Arbeit in der Gegenwart scheinbar weitgehend mühelos und vielfach entmaterialisiert worden. Neue Formen der Arbeitsverträge, der Arbeitsbelastung sowie der Digitalisierung haben zugleich auch neue Probleme mit sich gebracht.

Die Dynamik des Wirtschaftslebens und die Gewissheit, in einer Umbruchzeit zu leben, verbinden die Erste Republik mit dem Österreich der Gegenwart.





O DIE ERSTE REPUBLIK – EIN SCHWIERIGER START

WIRTSCHAFTLICHE RESTRUKTURIERUNG, SOZIALE UMBRÜCHE UND POLITISCHE SPANNUNGEN

Die Habsburgermonarchie mit 53 Millionen EinwohnerInnen wurde mit dem Vertrag von St. Germain (1919) zur Republik Österreich mit 6,5 Millionen EinwohnerInnen, der "Anschluss" an Deutschland wurde verboten. Einstige Binnengrenzen wurden zu Außengrenzen. Viele zweifelten an der Lebensfähigkeit dieses Kleinstaats. Einem hohen Industrialisierungsgrad und einem hochentwickelten Bankwesen standen ein überdimensionierter Beamtenapparat ("Wasserkopf" Wien) und vielfach nicht mehr passend dimensionierte Wirtschaftsstrukturen gegenüber. Die Restrukturierung der Wirtschaft in den Nachkriegsjahren war ein schmerzhafter Prozess; die Lebensmittelversorgung war schlecht, Arbeitslosigkeit und Inflation waren hoch.



links: Elendsquartier in Wien um 1930

VON DEN "GOLDENEN ZWANZIGERN" IN DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Zur Sanierung der Wirtschaft setzte die mehrheitlich christlichsoziale Regierung unter Ignaz Seipel auf eine Völkerbundanleihe. 1924/25 wurde der Schilling eingeführt. Die Zwischenkriegszeit war gekennzeichnet durch Modernisierung, Tempo und Wandel: die Etablierung des Autobusverkehrs, der Bau von Großglockner-Hochalpenstraße und Wiener Höhenstraße, Ferdinand Porsches "Steyr-Baby" (Typ 50/50), die Freizeitgestaltung durch Kino und "Radiofieber", Fußball als Sportevent, der Flughafen Aspern als internationale Drehscheibe und Österreich als "Fremdenverkehrsland".

Ein schlagartiges Ende brachte der Schwarze Freitag im Oktober 1929 an der Wallstreet – es setzte die Weltwirtschaftskrise ein, die 1930 auch die österreichische Wirtschaft erreichte. Sie führte zum Zusammenbruch des überdimensionierten Bankensektors. 1932 ging das Bruttonationalprodukt um rund 10 Prozent zurück, 1933 war fast ein Drittel aller Unselbstständigen arbeitslos. Als die ausländischen Gelder aus Österreich abgezogen wurden, brachen die Banken nacheinander zusammen, bis 1933 nur noch die verstaatlichte Credit-Anstalt übrig blieb. Trotz der Völkerbundanleihen (1922 und 1932) sowie vorsichtiger Konjunkturund Arbeitsmarktprogramme gelang es nicht, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen.

BÜRGERKRIEG, "STÄNDESTAAT" UND FASCHISMUS

Die erdrückende wirtschaftliche Situation verstärkte die krisenhafte innenpolitische Entwicklung: Ab 1932 war der Christlichsoziale Engelbert Dollfuß Bundeskanzler. Als aus Abstimmungsgründen das Parlament 1933 formal handlungsunfähig war, nutzte er dies zu dessen Ausschaltung. Er gründete die "Vaterländische Front", eine Einheitspartei, alle anderen Parteien wurden verboten.

In Parteilokalen und Wohnräumen von SozialdemokratInnen führten Polizei und Heimwehr immer wieder Waffensuchaktionen durch. Als in Linz im Februar 1934 einige ehemalige Schutzbündler dagegen Widerstand leisteten, kam es in Wien, Graz und der Obersteiermark zu bürgerkriegsartigen Ausschreitungen, die mit Waffengewalt rasch niedergeschlagen wurden.

Als "Ständestaat" bezeichnet man das autoritäre System in Österreich zwischen 1934 und 1938, in dem die katholische Kirche großen Einfluss hatte. Im "Ständestaat" sollten Stände, die nach Berufen gegliedert waren, an die Stelle von Parteien treten. Den (illegalen) Nationalsozialisten hatte Dollfuß jedoch wenig entgegen zu halten: Sie setzten ihre Anschläge fort, im Juli 1934 töteten sie bei einem Attentat Dollfuß, Kurt Schuschnigg folgte ihm als Kanzler nach (bis 1938).

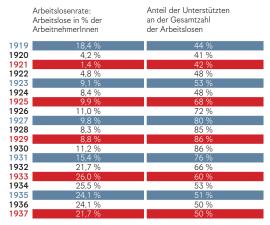
Nach einer Annäherung zwischen Adolf Hitler und Mussolini fiel die italienische Unterstützung für Österreich weg. Schuschnigg musste auf Drängen Deutschlands illegale Nazis amnestieren und Vertrauensleute der NSDAP in die Regierung aufnehmen. Er erklärte am 11. März 1938 seinen Rücktritt, am 12. März marschierte die Deutsche Wehrmacht in Österreich ein – für die folgenden sieben Jahre gab es Österreich nicht mehr.

ARBEITSAUFGABEN

Statistik- und Grafikanalyse

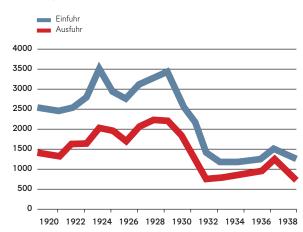
Analysieren Sie anhand der beiliegenden Statistiken die wirtschaftliche Situation der Ersten Republik.

ARBEITSLOSIGKEIT



Stiefel, Dieter: Arbeitslosigkeit: soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen. Am Beispiel Österreichs 1918–1938, Berlin, 1979. S. 27.

HANDELSBILANZ



Nautz, Jürgen: Die Entwicklung der Handelsbeziehungen Österreichs zu den anderen Nachfolgestaaten nach dem Ersten Weltkrieg. In: Wirtschaft und Gesellschaft 18, Heft 4, 1992. S. 539-559.

Beschreiben Sie die dargestellten Inhalte beider Plakate.

Kontextualisieren Sie die Plakate vor dem politischen und wirtschaftlichen Hintergrund der Ersten Republik und arbeiten Sie damit ihre Intention und beabsichtigte Wirkungsweise heraus. Beurteilen Sie die politische Kultur der Ersten Republik und den Einfluss der Wirtschaftslage.



Biró, Mihály: Sanierung – wählt sozialdemokratisch, 1923.



Reisser, August: Erhaltet Euch den bewährten Steuermann sonst droht Schiffbruch, 1923.

Karikaturenanalyse

Benennen Sie zentrale Inhalte der abgebildeten Karikatur.

Setzen Sie die Karikatur in Beziehung zu den wirtschaftlichen Statistiken und den Wahlplakaten. Interpretieren Sie die Aussage der Karikatur aufbauend auf den vorherigen Aufgaben.



ÖSTERREICH 1918 plus

LITERATUR- UND LINKTIPPS

- Bruckmüller, Ernst: Sozialgeschichte Österreichs. München: Oldenbourg, 2001.
- Forum Politische Bildung (Hrsg.): Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte. Wien, 1998. Onlinequelle: www.politischebildung.com/pdfs/sb_3.pdf
- Karner, Stefan (Hrsg.): Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938. Innsbruck: StudienVerlag, 2017.
- Pelinka, Anton: Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918–1938. Wien: Böhlau, 2017.
- Sandgruber, Roman: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien: Ueberreuter, 2005 (Österreichische Geschichte, hrsg. v. Herwig Wolfram).

LEHRPLANBEZUG (POLITISCHE BILDUNG)

Beispiele für Bezüge zum Themenschwerpunkt "1928 bis 1938, Arbeit":

8. Schulstufe:

Modul 1: Faschismus – Nationalsozialismus – politische Diktaturen

Modul 3: Demokratie in Österreich in historischer Perspektive

Modul 7: Gesellschaftlicher Wandel im 20. und 21. Jahrhundert

11. Schulstufe:

Modul 5 und 6: Politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklungen vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart

ÖSTERREICH1918plus

Weiteres Arbeitsmaterial findet sich auf der Seite www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus, etwa unter den Tags ("Filter") bei den Schlagwörtern Arbeit, Arbeitslosigkeit, Februarkämpfe, Heimwehr, Putsch, Rotes Wien, Schutzbund, Sparpolitik, Wirtschaft und Wirtschaftskrise.

oesterreich1918plus ist ein Online-Glossar mit 101 Bildern und Geschichten aus den letzten 100 Jahren Österreichs. Die Jahreseinträge erinnern an häufig Erzähltes, sprechen aber auch Themen an, die weniger präsent oder erforscht sind. Neben zentralen politischen Entwicklungen werden alltagsgeschichtliche Blitzlichter, Minderheitenmeinungen etc. in den Blick genommen.

1928 bis 1938 auf oesterreich1918plus

1928 Kinderfreibäder und sozialer Wohnbau im Roten Wien

1929 Bundesverfassung, die zweite

1930 Die letzten Wahlen

1931 Wirtschaftskrise und Flucht aus der Not

1932 Kinderrepubliken

1933 Ende der Demokratie

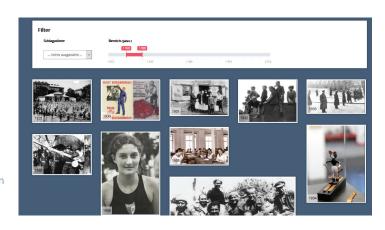
1934 Katze aus Wöllersdorf

1935 Tschikweiber

1936 Protest jüdischer Schwimmerinnen

1937 Österreicher und Österreicherinnen kämpfen in Spanien für die Demokratie

1938 Das Ende eines eigenständigen Österreichs



Impressum

Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule Helferstorferstraße 5, 1010 Wien T 01/42 77-274 44 | F 01/42 77-274 30

service@politik-lernen.at, www.politik-lernen.at, @Zentrum_polis

Zentrum polis arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Abteilung Politische Bildung. Projektträger: Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte-Forschungsverein



